Landkarte des Desasters

Zwischenlager und langfristige Lager

Deutschland ist mit seinen Atomkraftwerken und -fabriken noch auf Jahre zweitgrößter Atomstrom- und damit auch Atommüll-Produzent der EU – trotz Beschluss zum „Atomausstieg“. Stetig suggerieren Politik, Industrie und Behörden, tragfähige „Entsorgungslösungen“ für den Müll seien in Sichtweite. Derweil wird er an zahlreichen Standorten bundesweit zwischengelagert, meist unter fragwürdigen Bedingungen.

ausgestrahlt fordert:

Atommüll-Produktion sofort stoppen!

Jedes weitere Gramm Atommüll verschärft das Problem und führt alle politischen Bemühungen um eine faire Suche nach langfristig ungefährlicheren Lösungen ad absurdum.

Unsere Forderungen lauten daher:

- Sofortiger Stopp aller AKW und Atomfabriken – es darf kein weiterer Müll produziert werden.
- Echte Bürger*innen-Beteiligung und ein Veto-Recht der betroffenen Bevölkerung bei der Standortsuche.
- Der ungeeignete Salzstock Gorleben muss aus dem Suchfahren ausscheiden. So lange er im Topf bleibt, ist erwiesen, dass auch die neue Suche nicht nach geologischen Kriterien abläuft.
- Einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess darüber, was in den nächsten 100 Jahren mit dem hochradioaktiven Atommüll aus den Zwischenlagern geschieht.
- Keine künstliche Trennung von Material aus AKW-Abriss: Atommüll darf nicht aus der atomrechtlichen Kontrolle entlassen werden.
- Bei künftigen Kostensteigerungen müssen die Atom-Konzerne weiterhin finanziell haften.
- Finanzielle Interessen dürfen in der Atommüll-Frage niemals über dem gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung stehen.

Große Bergstraße 189
22767 Hamburg
Tel. 040 – 2531 89 40
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto:
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank

1. Auflage, Januar 2018
Redaktion: Julia Schumacher,
ViSdP: Jochen Stay

Fotonachweise: Titelbild Julia Baier;
(2) fotolia.de; (3) Bundesamt für Strahlenschutz; Grafiken: SCHIERRIEGER

.ausgestrahlt ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

Atommüll ohne Ende

Strahlende Altlasten in Deutschland – ein Überblick

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

Fässer ohne Boden

Vom Dreck, für den es keine Lösung gibt

Seit über 50 Jahren laufen in Deutschland Atomkraftwerke und produzieren Atommüll. 17.000 Tonnen hochradioaktive sowie 600.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle werden laut Bundesregierung an die kommenden Generationen vererbt – strahlend für Millionen Jahre. Bis heute ist kein einziges Gramm davon sicher entsorgt.

Hierzulande produzieren immer noch sieben AKW jeden Tag weiteren strahlenden Müll

An allen Ecken und Enden gibt es Probleme bei der Atommüll-Lagerung. Die Idee der geologischen Tiefenlagerung ist in Gorleben, Morsleben und der Asse gescheitert. Bundesregierung und Atomwirtschaft versuchen dennoch, den Eindruck zu erwecken, sie hätten alles im Griff. Hauptzweck: Den weiteren Betrieb von Atomfabriken und Reaktoren zu legitimieren. Denn laut Gesetz sollen in Deutschland noch bis Ende 2022 Atomkraftwerke in Betrieb bleiben.

Zwar kann die heutige Generation den schon vorhandenen Müll nicht mehr aus der Welt schaffen. Sie kann aber dafür sorgen, dass nicht noch mehr davon produziert wird. Und sie kann dafür streiten, unsichere Billiglösungen bei der Lagerung der strahlenden Ewigkeitslasten zu verhindern.

Heiße Hallen und Endlos-Suche

1. Hochradioaktiver Müll

Auf 340 Billiarden Becquerel beläuft sich das radioaktive Inventar eines einzigen Castor-Behälters – das entspricht fast sechs Hiroshima- plus sechs Nagasaki-Atombomben. Bundesweit stehen hunderte solcher Castoren verteilt auf 16 Zwischenlager.

Die Genehmigungen für die Lagerhallen laufen zwischen 2034 und 2047 aus. Die Politik vermeidet es noch, sich mit den daraus ergebenden Fragen zu beschäftigen. Dabei drängen die schon gewaltig:

1. Die Hallenfrage: Die Zwischenlager sind nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze und Beschuss mit panzerbrechenden Waffen geschützt. Zwei Hallen haben deshalb schon ihre Genehmigung verloren – etwa in Brunsbüttel, wo das Gebäude im Vergleich zu den anderen Standorten sogar relativ dickwandig ist. Die Castoren stehen dort trotzdem.

2. Die Castorfrage: Niemand weiß, ob die für 40 Jahre ausgelegten Castoren tatsächlich solange sicher sind. Expert*innen befürchten, dass Wärmeentwicklung und hohe Strahlung die Castoren schädigen.

3. Die Zeitfrage: Bis 2080 soll ein langfristiges unterirdisches Lager für den Müll aus dann 1.900 Castoren verschlossen werden. Niemand hält diesen Zeitplan für realistisch. Doch selbst wenn, reichen die vorgesehenen 40 Jahre Zwischenlagerung nicht aus.

Das Standortauswahlgesetz (StandAG)

definiert das Verfahren, mit dem nach einem langfristigen Lager für hochradioaktiven Müll gesucht werden soll. .ausgestrahlt kritisiert:

- Betroffene haben keine echten Mitbestimmungsrechte.
- Klagemöglichkeiten gegen die Standort-Entscheidung sind eingeschränkt.
- Gorleben ist der einzige schon darin erwähnte Standort und damit quasi vordefiniert.
- Der Export von Atommüll ist nicht vollständig ausgeschlossen.
- Der unrealistische Zeitplan erlaubt keinen Spielraum im Prozess für größere Korrekturen des Verfahrens.

Tickende Zeitbomben

2. Schwach- und mittelradioaktiver Müll

Asse II und Morsleben: Schatten der Vergangenheit

Bis Ende der 1970er-Jahre wurde schwach- und mittelradioaktiver Atommüll, hauptsächlich aus AKW, in das ehemalige Bergwerk Asse II bei Wolfenbüttel gekippt. Einlaufendes Wasser macht den Schacht heute zu einer tickenden Zeitbombe. Seit 2010 ist die Rückholung der etwa 126.000 Fässer mit u.a. fast 30 Kilo Plutonium geplant.

Das „Abkippverfahren“ in der Asse galt damals als innovativ weil besonders kostengünstig

Im alten DDR-Salzbergwerk Morsleben in Sachsen-Anhalt wurde trotz Sicherheitsbedenken von 1971 bis 1998 Atommüll eingelagert. Derzeit wird es wegen Einsturzgefahr verfüllt.

Schacht Konrad: Risiko für die Zukunft

Von 2022 bis etwa 2060 sollen in das ehemalige Eisenerzberg Schacht Konrad in Salzgitter etwa 300.000 Kubikmetern Abfälle mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“ versenkt werden. Dagegen spricht:

- Die Langzeitsicherheit ist umstritten
- Einen Vergleich mit anderen Standorten hat es nie gegeben
- Schon heute fließt mehr Wasser in das Bergwerk als in die Asse

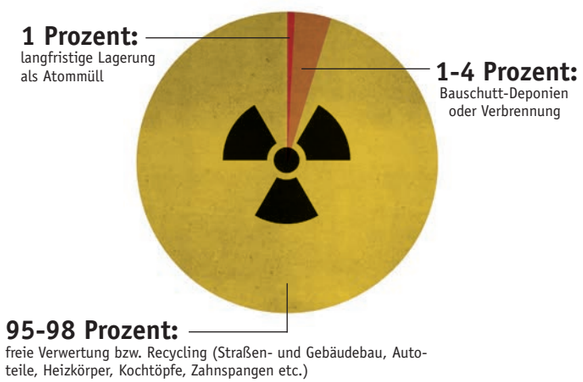
Mittlerweile ist klar, dass noch einmal so viele mittel- und schwachradioaktive Abfälle zusätzlich anfallen. Etwa der gesamte Asse-Müll und Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau. Für diese Mengen ist Konrad allerdings nicht genehmigt. Ob es nach Einlagerungsbeginn den Antrag auf eine Erweiterung geben wird oder ob an einem anderen Standort ein zusätzliches tiefengeologisches Lager entstehen soll, ist noch offen.

Atomschrott zu Kochtöpfen

3. Atommüll aus AKW-Abriss

In Deutschland werden insgesamt 33 AKW abgerissen; damit fallen innerhalb weniger Jahre insgesamt bis zu 6,2 Millionen Tonnen zusätzliche, schwach strahlende Reststoffe an: Beton, Metalle, Kunststoffe, Isoliermaterial, Glas. Hinzu kommen Abfälle aus Forschungszentren, Konditionierungsanlagen etc. Was damit passiert:

- Ein Großteil wird zerkleinert, geschrubbt und bearbeitet – die Radioaktivität wird nicht weniger, sondern nur neu verteilt, bis der Belastungswert von 10 Mikrosievert erreicht wird.
- Radioaktive Abfälle werden in der Umwelt verteilt. Das fehlerhafte und gefährliche 10-Mikrosievert-Konzept suggeriert, die Belastung für die Bevölkerung sei berechenbar.
- Das so „freigemessene“ Material wird aus dem Atomgesetz entlassen und landet undeklariert auf Bauschutt-Deponien, wird wie Hausmüll verbrannt oder als Wertstoff recycelt.
- Künstliche Radioaktivität aus den AKW landet so in Kochtöpfen, Konservendosen oder Baumaterial, in der Luft, die wir atmen, im Wasser, das wir trinken und in Lebensmitteln, die wir essen.



Das 10-Mikrosievert-Konzept weist zahlreiche Mängel auf und erfüllt keine Schutzfunktion. Insbesondere deshalb, weil es nicht für die nun anfallenden großen Mengen entwickelt wurde.

Verursacherprinzip ade

Zahlen werden wir alle

Keiner weiß, was der Abriss der AKW und die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls kosten werden. Klar ist nur: Die bisherigen Rückstellungen reichen sicher nicht aus.

Quelle: „Stresstest“ des Bundeswirtschaftsministeriums Warth&Klein, Gutachterliche Stellungnahme zur Bewertung der Rückstellungen im Kernenergiebereich, Oktober 2015; eigene Berechnungen.

- Ende 2016 beschloss der Bundestag, dass die AKW-Betreiber mit einer Einmalzahlung von 24 Milliarden Euro in einen sogenannten „Atommüll-Fonds“ von jeder Haftung für radioaktive Abfälle befreit sind. Selbst die Zwischenlager gehen samt Inhalt bis 2020 schrittweise an eine staatliche Gesellschaft über.
- Sobald das Geld im Fonds aufgebraucht ist, muss die Allgemeinheit einspringen.
- Eine Nachschusspflicht für die AKW-Betreiber ist nicht vorgesehen. Sie sind fein raus.

Fazit: Diejenigen, die über Jahrzehnte Aber-Milliarden mit ihren Atomkraftwerken verdient haben, sind für die Folgen nicht mehr verantwortlich. Der Atommüll gehört künftig dem Staat, also uns allen. Und nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder, Enkel und Urenkel zahlen die Zeche, sowohl finanziell als auch aufgrund der gesundheitlichen Risiken.